

Einlaufstempel der Gemeinde

An die
Bürgermeisterin der
Marktgemeinde Klein St. Paul
Marktstraße 17
9373 Klein St. Paul

Ich (Wir) beantrage(n) eine zeitliche Grundsteuerbefreiung gemäß § 1 des Grundsteuerbefreiungsgesetzes 1974, LGBl. Nr. 13/1975 idGF., für die nachstehend genannte bauliche Anlage, soweit dadurch begünstigter Wohnraum geschaffen wurde

I. a) Eigentümer (reicht der Raum in der Tabelle nicht aus, ist ein Beiblatt anzufügen):

Name (Firma)	Anschrift	Anteil

Zustellungsbevollmächtigter:
(Name und Anschrift)

b) Falls die bauliche Anlage auf fremdem Grund und Boden steht,
Vor- und Zuname des Eigentümers des Grund und Bodens.
.....

c) Lage (genaue Bezeichnung des Ortes,
.....
der Straße, Gasse, Hausnummer,
wo die bauliche Anlage liegt, allenfalls Parzelle,
.....
Grundbucheinlagezahl, Katastralgemeinde)
.....

II. Haben Sie für die Errichtung der baulichen Anlage Förderungsmittel nach einem der folgenden Gesetze in Anspruch genommen:

Wohnbauförderungsgesetz 1968, BGBl. Nr. 280/1967

Gesetz, mit dem ein Wohn- und Siedlungsfonds für das Land Kärnten errichtet wird, LGBl. Nr. 7/1972

keine Förderung

Falls ja, nähere Bezeichnung der schriftlichen Zusicherung:

.....
(Datum und Zahl der Zusicherung)

III. Die bauliche Anlage ist ein

- Neubau
- Zubau
- Aufbau
- Umbau
- Einbau

Die nähere Beschreibung ist in der topographischen Beschreibung vorzunehmen.

IV. Wenn für den Grund und Boden und allenfalls auch schon für die bauliche Anlage ein Einheitswert durch das zuständige Finanzamt festgestellt wurde, Einheitswert und Aktenzeichen angeben.

.....

V. Die baubehördliche Fertigstellungsmeldung (vormals Benützungsbewilligung) mit sämtlichen Unternehmerbestätigungen wurde eingereicht am:

.....

Bestätigung der Baubehörde nach § 40 Abs. 2 K-BO
Datum und Zahl:

.....

Falls für frühere Ausbaustufen desselben Bauvorhabens Teilbenützungsbewilligungen erteilt wurden, Behörde, Datum, Zahl:

.....

.....

VI. Nur ausfüllen, wenn ein Neubau vorliegt.

Gesamte nutzbare Fläche der baulichen Anlage m²
davon entfallen auf:

a) gesamte nutzbare Fläche, welche ständig Wohnzwecken dient: m²

b) gesamte nutzbare Fläche, welche gewerblichen (freiberufl) Zwecken dient: m²

- c) gesamte nutzbare Fläche, welche öffentlichen Zwecken dient: m²
- d) gesamte nutzbare Fläche der Garagen: m²

Definition der nutzbaren Fläche (§ 53 Abs. 5 zweiter bis vierter Satz des Bewertungsgesetzes):

Nutzbare Fläche ist die Gesamtfläche der insbesondere für Wohnzwecke, für gewerbliche Zwecke oder für öffentliche Zwecke nutzbar ausgestatteten Räume einschließlich der Nebenräume und Wandnischen (Einbauschränke) sowie einschließlich der für die erwähnten Zwecke nutzbar ausgestatteten Keller- und Dachbodenräume; Garagen sind in die nutzbare Fläche einzubeziehen. Die Wandstärke ist bei der Berechnung der nutzbaren Fläche außer Betracht zu lassen. Räume oder Teile von Räumen, die weniger als 150 cm hoch sind, sowie Treppen, Stiegenhäuser, Gänge, offene Balkone und Terrassen sind bei der Berechnung der nutzbaren Fläche nicht einzubeziehen.

VII. Nur auszufüllen, wenn zu einer bestehenden baulichen Anlage ein Zu-, Auf-, Um- oder Einbau vorgenommen wurde.

Gesamte nutzbare Fläche der neuen baulichen Anlage (Zu-, Auf- Um- oder Einbau): m²
davon entfallen auf:

- a) gesamte nutzbare Fläche, welche ständig Wohnzwecken dient: m²
- b) gesamte nutzbare Fläche, welche gewerblichen (freiberuflichen) Zwecken dient. m²
- c) gesamte nutzbare Fläche, welche öffentlichen Zwecken dient: m²
- d) gesamte nutzbare Fläche der Garage m²

Definition des Begriffes nutzbare Fläche und Anmerkung siehe Pkt. VI.

VIII. Falls Wohnungen mit einer nutzbaren Fläche von mehr als 130 m² vorhanden sind, ist anzugeben:

1. Anzahl der Wohnungen über 130 m²
2. Für jede einzelne dieser Wohnungen ist anzugeben:

Wohnungs-Nr.	Name des Wohnungsinhabers	Nutzbare Fläche m ²	Anzahl der zum Haushalt gehörenden Kinder

Falls der Raum nicht ausreicht, bitte Beiblatt anschließen .

X. Als Beilagen sind anzuschließen:

- a) eine topographische Beschreibung (siehe eigener Vordruck)
 - b) der behördlich genehmigte Bauplan (Abänderungsplan)
 - c) die Bestätigung gem. § 40 K-BO
 - d) Bestätigung der Wohnsitzanmeldung beim neuen Objekt
 - e) falls Abschnitt II des vorliegenden Ansuchens zutrifft, die schriftliche Zusicherung über bewilligte Fördermittel.
 - f) der Einheitswertbescheid für die neugeschaffene bauliche Anlage
-

Ich (Wir) versichere(n), die Angaben nach bestem Wissen gemacht zu haben und verpflichte(n) mich (uns), jederzeit alle gewünschten Auskünfte zu geben. Mir (uns) ist bekannt, dass falsche Angaben strafbar sind.

.....
Ort Datum

Anzahl der Beilagen:

.....

Eigenhändige Unterschrift(en)

Der einzelnen Bestandteile (Räume)						Datum der erteilten Benützungsbewilligung	Zweckbestimmung: a) Eigenbenützung b) vermietet an:
Laufende Nummer	L a g e		Verwendung	bewohnbar	unbewohnbar		
	a) Kellerge. b) Erdge. c) Dachge. bzw. Stockw.	Nr. des Hofes od. Stiege					

.....
Datum

.....
(Unterschrift)